

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,

sehr geehrte Frau Kühlen, sehr geehrte Frau Vieth,
liebe Verwaltungsmitarbeiter, meine sehr geehrten Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, sehr geehrte Zuhörer aus Bürgerschaft,
und Presse,

bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich einen Dank an die Kämmerei und die Finanzwirtschaft richten, die gerade vor dem Hintergrund sich fortlaufend verändernder Rahmenbedingungen den uns heute vorliegenden Haushalt zusammengetragen haben.

Heute möchte ich mit dem Ende der Rede beginnen und im Verlauf erläutern, wie die CDU Fraktion zu dieser Entscheidung gekommen ist. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sie werden heute von der CDU Fraktion kein Ja zum Ihrem Doppelhaushalt 22/23 erhalten.

Rückblick

Schauen wir aber zuerst in die Historie. Letztes Jahr Herr Bürgermeister, haben sie uns in einer HFA Sitzung ihr Haushaltssicherungskonzept vorgestellt. In dieser Sitzung haben Ihnen alle Fraktionen mitgeteilt, dass wir diesen un-abgestimmten Vorschlag so nicht mittragen können und dass wir erwarten, gemeinsame Ziele und Visionen zu erarbeiten.

Für das Jahr 2022 wurde von einer Ratsmehrheit eine Steuererhöhung beschlossen. Die CDU Fraktion hat sich hiervon deutlich distanziert und klargemacht, den Bürger nicht weiter belasten zu wollen. Das Zahlenwerk, das Sie seit vielen Jahren als „Haushaltsplanung“ bezeichnen, entspricht nicht einmal mehr annähernd dem tatsächlichen Ergebnis. Auf Grundlage dieser nicht kritisch geprüften Planung versuchen Sie nun seit einigen Jahren fortlaufende Löcher durch Steuererhöhungen für die Wegberger*innen zu schließen. Dieses Vorgehen haben und werden wir weiterhin nicht unterstützen. Sehen Sie endlich der Realität ins Auge, nehmen Sie Ihre Führungsaufgabe und Verantwortung wahr und planen Sie belastbarer und fundierter.

Traurig, welcher Spott sich daraus ergeben hat, dass wir den Steuererhöhungsanträgen in der Vergangenheit vehement widersprochen haben. Ich kann mich noch gut an die Worte der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 die Grünen erinnern. Wir sollen endlich ehrlich sein und den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Tatsachen vorgaukeln und auch die SPD Fraktion war mit Ihrer Kritik nicht sparsam.

Wir stehen zu unserer fundierten Entscheidung und wollen weiterhin keine zusätzlichen Steuererhöhungen. Wir sind fest davon überzeugt, „Wegberg kann mehr“ auch ohne die Bürger*innen noch höher als bisher zu belasten! In den Klausurtagungen hat unsere Fraktion konkrete Vorschläge und Anträge eingebracht, die zum großen Teil, wie so vieles in Wegberg mit „geht nicht“ schlichtweg abgetan wurden.

Ich erinnere mich lebhaft an die Krönung der Ablehnungen, ein Aufsatz einer Verwaltungsmitarbeiterin zum Thema Prüfung von Etagendruckern. Diese Darstellung von „das geht nicht“ führt bei uns heute noch zu Kopfschütteln und zeigt die fehlende Bereitschaft Ihrerseits, Herr Bürgermeister, auch Themen, die vielleicht bei Ihren Mitarbeiter*innen unpopulär und unbeliebt sind, anzupacken und diese Verwaltung zu führen. Sie sind nicht nur Repräsentant dieser Stadt, sondern auch Chef eines mittelständischen Unternehmens.



Neues
Miteinander.
Neues
Vertrauen.

CDU- Wegberg
Bahnhofstr. 43
41844 Wegberg

info@cdu-wegberg.de
www.cdu-wegberg.de

Spätestens nachdem Ihnen alle Parteien außer Ihrer eigenen mit der Ablehnung des Haushaltsplanes 2022 gezeigt haben, dass Ihre Art von Zusammenarbeit und Ratsführung nicht den Erwartungen der Politik entspricht, hätten wir mit einer konstruktiveren und vor allem offeneren Zusammenarbeit gerechnet. Aber selbst dieses vernichtende Votum schieben Sie auf die Ratsleute und bezeichnen diese lapidar in Ihrer Bürgermeistersprechstunde als „Nein-Sager“. Wenn Sie wirklich Interesse an einer konstruktiven und zielführenden Zusammenarbeit hegen würden, hätten Sie sich diese diskreditierenden Worte entweder gespart, oder wenn es durch Emotionen doch rausgerutscht ist, im Nachgang die Größe gehabt, sich für diese Aussage zu entschuldigen.

Ja, es ist richtig, dass Sie im Nachgang zur Haushaltsablehnung Klausurtagungen angesetzt und erste Ideen gesammelt haben. Diese wurden von Herrn Lamberts zusammengefasst, aber sie sind bis heute nicht weiterentwickelt, geschweige denn auch mit einem Zielkorridor versehen worden.

Die Idee der gemeinsamen Zielentwicklung haben Sie leider nicht weiter vorangetrieben und Messbar gemacht. Es war ein guter Start, aber mehr auch nicht.

Dann kam an einem Freitag das Urteil zum kalkulatorischen Zins bei der Abwassergebührenberechnung. Der Bürgermeister präsentierte uns am darauffolgenden Dienstag als erster und auch einziger Bürgermeister in ganz NRW die Lösung. Die Lösung für was eigentlich? Es gab und gibt bis heute keine konkreten Zahlen und Berechnungsgrundlagen. Es gab ein Urteil, das aber nicht auf Wegberg oder eine andere Kommune in NRW anwendbar war. Niemand hatte eine Vorstellung, außer unser Bürgermeister. Dieser war fest davon überzeugt, dass eine sechsteilige Summe aufgefangen werden müsse. Dies, wie sollte es auch anders sein, wollte er erneut mit einer rückwirkenden Steuererhöhung machen. Bei dieser Steuererhöhung ließ sich zum Glück eine Mehrheit davon überzeugen, dass es nicht zielführend ist, die Wegbergerinnen und Wegberger weiter zu belasten, ohne belegbare Zahlen zu haben. Heute wissen wir, dass die neue Landesregierung gesetzlich bereits nachgebessert hat und die Lücke voraussichtlich doch nicht so groß wird, wie Sie angenommen haben. Die Stadt Mönchengladbach hat sich sogar dazu entschieden, die zurückgestellten Bescheide nun zu versenden und sieht keinen Anlass, etwas zu ändern.

Wir empfehlen hier zukünftig die Entscheidungen so vorzubereiten, dass Sie basierend auf konkreten Kalkulationen (Abwassergebührensatzung und Kalkulation) und weniger auf Grundlage von Vermutungen und nicht belegbaren Annahmen getroffen werden können.

Bereits drei Tage nach der Idee des Bürgermeisters, die Steuern unbedingt erhöhen zu müssen, kam dann die Nachricht, dass der Jahresabschluss entgegen der katastrophalen Haushaltsplanung nun so positiv ausfällt, dass wir vermutlich das Haushaltssicherungskonzept verlassen können. Eine erfreuliche Nachricht für Wegberg. Aber Herr Bürgermeister, lassen Sie uns ehrlich sein, sie lenken und führen diese Verwaltung nicht so, wie Sie es machen müssten und dies beweisen Sie durch solche Ergebnisse und Entscheidungen wie vorab dargestellt, immer wieder.

Fazit der letzten Monate

Die Erkenntnis der Letzten Monate ist also: Eine Steuererhöhung ist nicht nötig, wir können das HSK verlassen, aber nicht etwa, weil wir so unfassbar gut gewirtschaftet haben und Sie, Herr Bürgermeister, so gut geplant haben wir gemeinsam klare Konzepte und Linien entwickelt haben. Diese Entlassung aus dem Haushaltssicherungskonzept liegt einzig und alleine daran, dass etliche positive Sondereffekte und glückliche Fügungen die Ausgleichsrücklage so gefüllt haben, dass Sie weiterhin unzureichend und nicht zielführend planen und dies durch die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre ausgleichen können.



Neues
Miteinander.
Neues
Vertrauen.

CDU- Wegberg
Bahnhofstr. 43
41844 Wegberg

info@cdu-wegberg.de
www.cdu-wegberg.de

Warum betone ich das hier: Nur um uns allen vor Augen zu führen, dass wir weiter gefordert sind, bei den Finanzen genau hin zu schauen, die Personalentwicklung und Personalkosten weiterhin kritisch im Auge zu halten und gemeinsam mit allen Parteien Konzepte vorzulegen, die Wegberg nach vorne bringen. Die aktuelle schwierige gesamtwirtschaftliche Situation, die Entwicklung der Energiekosten und die allgemeine Preissteigerung im Bau und Handwerk stellen die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Kommunen vor große Herausforderungen. Wenn wir hier nicht gegensteuern und konkrete Einsparungsmöglichkeiten finden, verlassen wir das HSK zwar in diesem Jahr, laufen aber die Gefahr, mittelfristig wieder hineinzurutschen.

Doppelhaushalt Stellen

Jetzt stehen wir also hier und diskutieren einen Doppelhaushalt. In den letzten Wochen haben wir dazu den Stellenplan diskutiert und auch beschlossen. Aufgrund der großen Herausforderungen, die die Zeit und die aktuelle Situation mit sich bringt, haben wir mit einer großen Mehrheit beschlossen, dass Wegberg, wenn es Fördermöglichkeiten gibt, einen Nachhaltigkeits- und einen Klimamanager bekommen wird, der uns konzeptionell in diesem wichtigen Bereichen nach vorne bringen soll. An dieser Stelle müssen wir auch erwähnen, dass sich alle Parteien und die Verwaltung intensiv mit dem Klimaschutz auseinandersetzen.

Auch unsere Fraktion wird hier in den nächsten Monaten weitere konkrete Ideen und Vorschläge einbringen. Ich möchte aber auch noch einmal an die letzte Präsentation von Herrn Thies erinnern. Diese hat uns deutlich gemacht, wie sich Herr Thies und sein Bereich, auch ohne diese beiden Positionen bereits intensiv mit der Schaffung erneuerbarer Energiegewinnung auseinandersetzt und stetig vorantreibt.

Nein, haben wir gesagt bei den weiteren zweieinhalb Stellen.

Dies ausdrücklich nicht, weil wir die Digitalisierung nicht voranbringen und unterstützen wollen. Vielmehr, weil Sie, Herr Bürgermeister, aber auch keiner Ihrer anwesenden Verwaltungsmitarbeiter*innen uns ein konkretes Stellenprofil darstellen konnte. Es sollte hier wie so oft unter Ihrer Führung, erst eingestellt werden und dann geschaut werden, was diese Leute machen sollen.

Wir nennen unsere Entscheidung, die uns nicht nur Beifall einbringen, "verantwortliches Handeln". Sie, Herr Bürgermeister und im Anschluss auch ihre Partei wirft uns im gleichen Zuge „verantwortungsloses Handeln“ vor und versucht über öffentlichen Druck und Darstellung falscher Fakten ein Umdenken der Parteien zu erzwingen. Das ist nicht das, was wir uns unter guter und vertrauensvoller überparteilicher Zusammenarbeit vorstellen.

Auch hier die erneute Einladung an die SPD, Herrn Wolters und und sie Herr Bürgermeister, versuchen Sie zur Abwechslung einmal über Fakten, sachorientierte Diskussion und Überzeugung Entscheidungen herbeizuführen und Mehrheiten zu gewinnen, anstatt, wie hier und auch in der Vergangenheit bereits häufig geschehen, durch den Versuch öffentlichen Drucks und gezielter Verbreitung von Unwahrheiten.

Sie versuchen regelmäßig die CDU als Blockade darzustellen. Etwas Besseres ist Ihnen in den vergangenen Jahren leider nicht eingefallen. Ich kann Ihnen hier gern helfen, die Ratsmehrheit zu errechnen, wir alleine haben jedenfalls keine absolute Mehrheit. Auch wenn sie dies gerne regelmäßig anders verkaufen möchten und den Sündenbock bei uns abladen wollen. Das ist schlichtweg gelogen.



Neues
Miteinander.
Neues
Vertrauen.

Bei den Stellenzuwächsen ist es vielmehr noch so, dass wir Ihnen, Herr Bürgermeister, nach der Kommunalwahl mit der Zustimmung des Haushaltes 2021 weitere Stellen genehmigt haben mit der Zusage, dass Sie keine weiteren Stellen für die weitere Legislatur mehr beantragen, sondern den Mehrbedarf in einigen Bereichen durch interne Umschichtungen vornehmen. Weiterhin haben Sie uns zugesagt, den Haushalt treffender und fundierter zu planen. Aber frei nach dem Motto „was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ beantragen Sie neue Stellen und haben an der Passgenauigkeit des Haushaltes nichts geändert.

Hier klaffen Planung und Ergebnis weiterhin weit auseinander. Wir empfinden dieses Vorgehen wirklich als enttäuschend und fragen uns, ob sie den Rat eigentlich wahr- und ernst nehmen.

Herr Bürgermeister, aus meiner Sicht ist es regelmäßig so, dass Sie die Entscheidungen dieses Gremiums nicht akzeptieren und die Umsetzung der Entscheidungen nicht ausreichend kontrollieren. Dieses Gremium ist seitens der Bürger*innen gewählt und trifft die Entscheidungen. Die Bürger*innen haben Ihnen bei der Kommunalwahl das Vertrauen geschenkt, Wegberg zu repräsentieren, die Verwaltung zu führen, Wegberg zu entwickeln und auch dieses Gremium als Vorsitzender zu leiten, Entscheidungen herbeizuführen und diese verantwortungsvoll umzusetzen.

Nehmen Sie dies Aufgabe endlich an, seien Sie auch kritisch zu sich selbst, beziehen Sie alle ein und vor allem versuchen Sie, dieses Gremium zu einen und gemeinsam / miteinander an guten Entscheidungen für Wegberg zu arbeiten. Hier ist offene, ehrliche und transparente Kommunikation mit der Politik unabdingbar. Fragen Sie endlich damit an. Dann sind wir weiterhin zu einer konstruktiven und zielführenden Zusammenarbeit bereit.

Die Entscheidung

Und nun zu unserer Entscheidung zu Ihrem heute vorgelegten Haushaltsentwurf: Wir sind der Meinung, dass der vorgelegte Doppelhaushalt weiterhin nicht kritisch genug aufgestellt und nicht mit der Sorgfalt von Ihnen geprüft wurde, die wir erwarten. Wie vorab geschildert, halten Sie damit Ihre Zusagen aus der Haushaltsberatung 2021 nicht ein. Wir können und möchten einem Zahlenwerk nicht zustimmen, das aus unserer Sicht nicht annähernd dem entspricht, was uns der Jahresabschluss im Nachgang als Ergebnis offenbaren wird.

Wir wollen aber die Arbeit für Wegberg nicht zusätzlich erschweren. Vor allem wollen wir auch den Vereinen durch die Freigabe der Zuschüsse die Unterstützung zukommen lassen, die Sie für ihre gute ehrenamtliche und gesellschaftlich wichtige Arbeit verdienen.

Anmerkung hierzu: Es ist ganz schlechter Stil Herr Bürgermeister, nach der Haushaltsablehnung im Frühjahr, die „Neinsager“ der Politik vorzuschieben, wenn Sie die an Sie gestellten Aufgaben und Anforderungen für einen Haushalt nicht erfüllen konnten. (Ich betone hier nochmals die breite Ablehnung aller Parteien außer Ihrer SPD) Bei Vereinsveranstaltungen und berechtigten Nachfragen der Vereine mit den Worten zu Antworten: Ich würde ja gerne, aber die Politik hat mir ja den Haushalt nicht frei gegeben. Herr Bürgermeister, da fehlen mir einfach die Worte. „Wir haben keinen genehmigungsfähigen Haushalt und ich arbeite intensiv und parteiübergreifend daran, den Haushalt aufzustellen und hoffe, die dringend benötigten Mittel bis Ende des Jahres ausbezahlen zu können“ das wäre eine Antwort, die von einem ersten Bürger der Stadt zu erwarten wäre. Übernehmen Sie Verantwortung für Ihr Handeln oder auch „nicht“-handeln und akzeptiere Sie politische Entscheidungen, auch wenn Ihnen diese nicht in den Kram passen. Weiterhin erwarten wir, dass im Rat und in den Ausschüssen beschlossene Anträge in Ihrem Rathaus Anwendung finden und Sie für konsequente Umsetzungen sorgen. So sind



Neues
Miteinander.
Neues
Vertrauen.

CDU- Wegberg
Bahnhofstr. 43
41844 Wegberg

info@cdu-wegberg.de
www.cdu-wegberg.de

beispielsweise unsere Anträge zur Beurteilung von Investitionen nach § 13 KommHVO und die Zeitschiene zur Vorlage eines Jahresabschlusses beschlossen worden, aber von Ihnen einfach nicht umgesetzt worden. Eine Akzeptanz von politischen Entscheidungen sieht anders aus.

Wenn es Ihnen gelingt, eine Mehrheit zu überzeugen, wollen wir Ihnen die Möglichkeit geben, nach vorne zu schauen und Ihre Projekte umzusetzen. Verbinden dies aber erneut mit der Aufforderung, Ihre exponierte Aufgabe gerecht zu werden und endlich zu führen, zu entwickeln und für 2024 einen belastbaren und guten Haushalt ohne die Fesseln eines HSK vorzulegen. Die heute vorgetragenen Worte sind sehr kritisch und zeigen auf, was wir alles in der Zusammenarbeit vor allem mit Ihnen, Herr Bürgermeister, vermissen. Wir würden uns freuen, wenn Sie diese Kritik annehmen und die notwendigen Schlüsse für eine gute Zusammenarbeit für den Rest der Legislaturperiode finden können. Wir sind weiterhin zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit.

Wir werden uns daher bei der heute vorgelegten Haushaltssatzung des Doppelhaushaltes 2022/2023 enthalten.

Die CDU wird auch in 2023 ihren aktiven, kritischen und konstruktiven Beitrag leisten, damit sich die Haushaltslage für Wegberg perspektivisch auch strukturell verbessert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Marcus Johnen
Fraktionsvorsitzender



Neues
Miteinander.
Neues
Vertrauen.



Rede zum Doppelhaushalt 2022/23

Wegberg, den 18.10.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Doppelhaushaltsentwurf 2022/2023 sieht vor, dass wir das Haushaltssicherungskonzept vorzeitig verlassen wollen. Möglich wurde das dadurch, dass wir in den letzten Jahren kontinuierlich mit positiven Jahresabschlüssen die Ausgleichsrücklage füllen konnten und somit, Stand heute, bis 2026 mit ausgeglichenen Haushalten planen können.

Ob die Entscheidung, das HSK (Haushaltssicherungskonzept) vorzeitig zu verlassen, gerade jetzt in der schwierigen wirtschaftlichen und geopolitischen Lage ratsam ist, werden wir wahrscheinlich erst in der Zukunft erfahren. Aber wie sagt man so schön, „hinterher ist man immer schlauer“.

Ausgeschlossen ist leider nicht, dass wir im Laufe des nächsten Jahres über einen Nachtragshaushalt entscheiden müssen, weil sich die Situation für die Stadt deutlich verschlechtert hat und die Zahlen es verlangen. Aber auch das muss noch nicht die automatische Rückkehr ins Haushaltssicherungskonzept bedeuten. Getreu dem Motto, „Wer Chancen nutzen will, muss die Risiken kennen“, sind wir der Meinung, dass es richtig ist, die Gefahren offen anzusprechen, sie nicht zu verschleiern, aber sich auch nicht durch sie entmutigen zu lassen. Wir sind davon überzeugt, dass die Vorteile, das HSK zu verlassen, überwiegen. Wir sollten den Schritt wagen.

Die positiven Ergebnisse der letzten Jahre zeigen auf der einen Seite, dass die Planung des städtischen Haushaltes oftmals leider von der Realität abweicht, auf der anderen Seite aber auch, dass wichtige Investitionen und Instandhaltungen nicht in dem Maße umgesetzt wurden, wie Wegberg es benötigt hätte. Hier müssen wir gemeinsam mit Rat und Verwaltung intensiver daran arbeiten, sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung der gesteckten Investitionsziele.

Ein weiteres Risiko liegt in Ertrags- und Aufwandspositionen, wie zum Beispiel der Gewerbesteuer oder der Kreisumlage, die kaum planbar sind. Ganz konkret: wie alles am seidenen Faden hängt, mussten wir durch die jüngste Verkündung der Schlüsselzuweisungen für 2023 aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 erfahren, wonach der Haushalt im Vergleich zu den Vorjahren voraussichtlich einen Minderertrag von rund 1,1 Millionen EURO und somit in der Fortschreibung auch für

die Folgejahre vorsieht. Diesen Minderertrag müssen wir nun wieder an anderer Stelle kompensieren.

Dazu kommt, dass wir durch die aufgrund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine verursachte Energiekrise geradewegs in eine Rezession laufen, die sich auf die Steuerkraft unserer Wirtschaft negativ auswirken dürfte. Und die damit einhergehenden steigenden Energiekosten, Lieferkettenproblemen und Baupreisexplosionen werden den Haushalt der Stadt Wegberg zusätzlich belasten.

Gerade hier sehen wir auch eine Chance darin, das Haushaltssicherungskonzept zu verlassen. Denn so bekommen wir als Rat und Verwaltung das Heft des Handelns zurück, um selbständig mit intelligenten und wohlbedachten Maßnahmen den Weg durch die Krisen dieser Zeit zu finden. Es war ohnehin klar, dass wir trotz Verlassens des HSK die Konsolidierungsmaßnahmen der Vergangenheit nicht aufgeben dürfen. Wir müssen weiter am eingeschlagenen Weg festhalten. Nur müssen wir uns jetzt noch besser überlegen, wofür wir die Gelder in Wegberg ausgeben wollen, denn das Budget für Investitionen wird immer knapper.

Um die Herausforderung der Zeit mit der Energiemangellage und der galoppierenden Inflation zu meistern, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Rat und Verwaltung. Gemeinsame Anstrengungen kann man aber nur dann erzielen, wenn man sich gegenseitig Respekt und Vertrauen entgegenbringt. Und hier, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir unsere Zweifel, ob dies seitens des Rates gelingen wird. Ständig werden aus Reihen des Rates Bedenken an der Leistungsfähigkeit der Verwaltung gehegt oder fachliche Expertise abgesprochen. Hier braucht es einen Neuanfang.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource in der Verwaltung und damit sollten wir entsprechend umgehen. Dazu gehört auch, die Arbeitsbelastung gesundheitsverträglich zu steuern und die Arbeit angemessen zu bezahlen. Mit Arbeitsüberfrachtung und schlechter Bezahlung motiviert man keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Gegenteil, man gefährdet die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Verwaltung, bewirkt also genau das Gegenteil, was man gerne bewirken möchte.

Ebenso finden wir es wichtig, gerade in Zeiten des zunehmenden Mangels an Fachkräften, darauf zu achten, die jüngere Generation in der Verwaltung nicht zu verlieren, sondern Perspektiven aufzuzeigen, sich auch in unserer Verwaltung entwickeln zu können. Daher können wir nicht nachvollziehen, dass die CDU mit Ihrem Antrag vom 30.09.2022 die freiwerdende Stelle zur Fachbereichsleitung zentrale Verwaltungssteuerung auch extern ausschreiben will. So schafft man eine unnötige Konkurrenzsituation und verbaut eigenen Talenten aus der Verwaltung die Chancen.

Die SPD Wegberg ist davon überzeugt, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung genau, auch finanziell, einschätzen können, ob eine Stelle neu geschaffen werden muss oder lediglich intern umbesetzt werden kann.

Wir finden es auch unredlich, dass, obwohl selbst die GPA schon mehrfach bestätigt hat, die Verwaltung am untersten Level der notwendigen Personalquote kratzt, bei Beantragung neuer Stellen mantraartig auf „Reduzierung des Personalaufwandes“ gepocht wird. Auch die Äußerung im Personalausschuss, dass Personalreduzierung

die einfachste Lösung wäre, Kosten zu sparen, ist nicht nur beschämend, sondern auch wenig nachhaltig.

Auch dieses ständige Bürgermeister-Bashing, vornehmlich von der CDU und ihrem Fraktionsvorsitzenden, ist wenig hilfreich und oftmals reine Polemik. Man sollte lieber die Kraft in eine konstruktive Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung stecken.

Aber ich möchte wieder zurück auf die Herausforderung kommen, die knappen finanziellen Ressourcen nachhaltig und zweckdienlich einzusetzen. Wie bereits gesagt, benötigen wir dafür gut durchdachte Maßnahmen und Investitionen. Dafür brauchen wir klare Zielvorstellungen.

Hier haben sich bereits Rat und Verwaltung in einem konstruktiven Beteiligungsprozess auf den Weg gemacht und in fünf Klausurtagungen Ziele und Maßnahmen für die Bereiche „Allgemeine Haushaltspolitik, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Schule und Kinderbetreuung sowie Tourismus und Wohnen“ definiert. Damit darf der Prozess aber nicht beendet sein, wir müssen die Ziele messbar machen. Dafür müssen wir die Ziele, auch unter dem Einfluss der geänderten wirtschaftlichen und geopolitischen Lage, neu bewerten und mit weiteren Unterzielen belegen, die klare Aussagen in Euro oder Quoten haben sollten. Zum Beispiel könnte man für die Instandhaltung von Rad- und Gehwegen einen bestimmten Euro-Wert pro Einwohner und Jahr festlegen. Mittelfristig sollten wir uns das Ziel stecken, wie schon andere Kommunen in der Region erfolgreich umgesetzt haben, die Zertifizierung als „fahrradfreundliche Stadt“ zu erlangen. Sicherlich ambitioniert, aber machbar, wenn der Wille da ist. Dafür ist es jedoch wichtig das Radwegekonzept so schnell wie möglich zu evaluieren.

Aufgrund der Energie- und Baupreissteigerungen sowie der steigenden Kreditzinsen bekommt das Thema bezahlbarer Wohnraum eine noch stärkere Bedeutung. Auch hier müssen wir als Kommune dazu beitragen, dass wir mit bezahlbaren Wohnungen und Baugrundstücken das Wohnen in Wegberg selbst Durchschnittsbürgern weiterhin ermöglichen. Dafür sind bei den neu zu planenden Baugebieten und Quartieren unserer Meinung nach größere Anteile an Sozialwohnungen einzuplanen.

Wenn die Energiemangellage uns eins gezeigt hat, dann dass wir noch schneller unabhängig von fossilen Energiequellen werden müssen. Eine Verlagerung der Abhängigkeit von anderen Energielieferanten anderer Staaten, ist auch nicht nachhaltig und sollte nur zur Überbrückung der Energiekrise dienen. Zudem ist der Klimawandel durch Corona und Ukrainekrieg nicht gestoppt worden, sondern schreitet immer weiter voran und uns läuft die Zeit davon. Da dürfen wir als Kommune nicht auf Bund und Land warten, sondern müssen selbst aktiver werden. Wir begrüßen daher das Umsetzungskonzept der Verwaltung zu Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden und Flächen, aber hiermit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Durch klare Vorgaben in den Bebauungsplänen müssen seitens der Politik die Weichen für energieeffiziente und klimaresiliente Wohnquartiere gestellt werden. Zudem müssen wir versuchen über Beteiligungsmodelle, wie zum Beispiel Energiegenossenschaften, die Akzeptanz von regenerativen Energien in der Bevölkerung zu steigern und gleichzeitig die lokale Wertschöpfung für Bürgerschaft, Wirtschaft sowie der Stadt aus den regenerativen Energien ermöglichen.

Wir sollten den zeitlichen Raum, den wir durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2022/23 erzielen, gemeinsam nutzen, um inhaltliche Akzente für die Zukunft in den oben genannten Themenfeldern zu gewinnen.

An dieser Stelle möchten wir uns bei der Kämmerin Sonja Kühn sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzwirtschaft, stellvertretend Frau Vieth, bedanken, die trotz der vielen Unwägbarkeiten den Weg, das HSK zu verlassen, mit Erstellung des Doppelhaushaltes 2022/2023 und den Planansätzen bis 2026 ermöglicht haben.

Die SPD-Wegberg ist sich der Risiken durchaus bewusst, stellt sich aber der Verantwortung, die Chancen zu nutzen, damit Wegberg zukunftsfähig und lebenswert bleibt.

Wir stimmen dem Doppelhaushalt 2022/2023 zu.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Bonitz', with a stylized, cursive script.

Mark Bonitz

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2022/2023

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates

Mitarbeiterinnen der Verwaltung

Geschätzte Vertreter der Presse

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stimmt dem Doppelhaushalt zu!

Dies tun wir, weil wir im Gegensatz zum letzten Haushalt gesehen haben, dass viele Prozesse sich in die richtige Richtung bewegt haben.

Die Verwaltung hat nach dem nicht genehmigten Haushalt in vielen Bereichen Transparenz und Aufklärungswillen gezeigt. Die Mitarbeiter der Finanzwirtschaft haben auch in den Klausurtagungen zusammen mit dem Bürgermeister die Notwendigkeit erkannt, dass viele Dinge, die nicht optimal gelaufen sind, strukturell anders aufgebaut werden müssen, um einen breiten Konsens zu finden. Dennoch gilt auch weiterhin „Augen auf bei den Sparbemühungen“.

Auf dem Weg die künftigen Haushalte auf ein verlässliches und solides Grundgerüst zu stellen war das nötig und auch wichtig. Wenngleich in einigen Bereichen noch Verbesserungsbedarf besteht. Die Zustimmung meiner Fraktion zum Haushalt ist kein Freifahrtsschein. Auch keine Legitimation, Geld mit der Schubkarre auszukippen. Dazu gehört für uns auch das Projekt Mühlenweiher. So ein Prestigeprojekt ist in Zeiten wie diesen völlig unakzeptabel.

Die Notwendigkeit das HSK zu verlassen ist, auch unter dem Aspekt schwer kalkulierbarer Hindernisse vor allem im Bereich Energie und Kommunalen Zuteilungen finanzieller Art, ein richtiger Schritt in eine für uns wichtige Selbstverwaltung und Steuerung. So können wir die notwendigen freiwilligen Leistungen, gerade im Hinblick auf Vereinszuschüsse, den vielen engagierten und ehrenamtlichen Helferinnen in unserer Stadt doch jetzt zum Jahresende die nötige Unterstützung zu Teil werden lassen, die sie verdient haben.

Viele Projekte (Ich erwähne hier vor allem Photovoltaik) sind auf den Weg gebracht worden die gerade für uns als Grüne auch in den vergangenen Jahren wichtig waren aber nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit hier im Rat unterstützt wurden. Damit meine ich im speziellen die Diskussionen im WBVL über verpflichtende PV- Anlagen in den neu geplanten Wohngebieten. Manch einer mag da jetzt andersdenken als er hier entschieden hat. Es ist sehr bedauerlich, dass erst durch eine durch einen Krieg ausgelöste Energiekrise in Europa plötzlich die Notwendigkeit gesehen wird das wir gerade im Bereich der erneuerbaren Energie alles erdenklich Mögliche tun müssen, um uns zukünftig unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu machen.

Es ist gut und wichtig, dass die Fachbereiche alle Fördermöglichkeiten ausschöpfen, die möglich und sinnvoll sind. Nur so können wir auch weiterhin Projekte verwirklichen, die wir uns in dieser Art nicht leisten können, aber einen Benefit für die Bürgerinnen und unsere Stadt bedeuten. Und wenn wir dann hier monatelang sitzen und darüber debattieren wie wichtig und notwendig es ist die Digitalisierung an unseren

Schulen, gestützt durch den Digitalpakt der Bundesregierung, auf den Weg zu bringen, dann sitzt ich sprachlos im Personalausschuss und verfolge eine undifferenzierte Diskussion darüber, ob die dafür notwendigen Stellen im Haushalt bewilligt werden sollen.

NATÜRLICH MÜSSEN SIE DAS !!!!!

Es war doch eine Erklärtes Ziel aller Fraktionen!! Das ist doch völlig inkonsequent. Nach dem Motto: Digitalisierung ja, aber Kosten darf sie nix. Und wenn ich mir die Vorlage im nächsten BISS ansehe, wie der Digitalpakt umgesetzt werden soll, stellt sich für mich die Frage, wie das bewerkstelligt werden soll ohne zusätzliches Personal in diesem Bereich. Da werden hier Personalbesetzungen von Nachbarstädten als Beispiel und zur Untermauerung in der Argumentation dargestellt, die sich im Nachhinein als nicht richtig erweisen. Im Worst case Fall werden uns andere Städte im Bereich Digitalisierung überholen und wir schauen dann dumm aus der Wäsche und wundern uns, warum Eltern sich dann entscheiden ihre Kinder auf eine andere Schule außerhalb unseres Stadtgebietes anmelden.

Und wenn man dann ertappt wird, stellt man kurz vor der Ratssitzung noch schnell einen Antrag zur Schadensbegrenzung.

Liebe Kolleginnen der CDU:

Diese Art von Politik ist unseriös und sie ist nicht verlässlich. Und genau das ist es was Bürgerinnen und Bürger Ihnen übelnehmen.

Ich kritisiere nicht Ihre Meinung zu ihren Entscheidungen. Aber halten Sie doch bitte einmal Ihr Schiff auf Kurs, anstatt bei jedem Sturm, der ihnen entgegenbläst, umzukippen.

Vor der Wahl ist nach der Wahl. Und bekanntlich wird der Ton rauer.

Es ist legitim und demokratisch, wenn man seine Standpunkte deutlich macht. Nur finde ich, dass dazu ein respektvoller Umgangston gepflegt werden sollte, dann ist ein miteinander auch möglich.....

Für eine dauerhafte, vertrauensvolle und nachhaltige Politik, die wir den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt schuldig sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

diese Haushaltsrede ist auf die wesentlichen Vorkommnisse des Jahres 2022 aus Sicht unserer Fraktion begrenzt.

Zunächst möchte ich allen vergegenwärtigen, dass wir als Ratsmitglieder von den Bürgern gewählt wurden, um die Wegbergerinnen und Wegberger zusammen mit dem Bürgermeister zu vertreten. Als Ratsmitglieder sind wir berechtigt und insbesondere auch verpflichtet, unsere Tätigkeit ausschließlich nach dem Gesetz und nach unserer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung zu handeln (§ 43 Abs. 1 GO).

Nachdem der Haushaltsentwurf 2022 mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist, hatte der Bürgermeister alle Fraktionsvorsitzenden zu einer „offenen“ Aussprache eingeladen. Tja, es ist sehr bedauerlich, dass die Wegberger ihren Bürgermeister in diesen Runden nicht live und in Farbe erleben können, wie seine Definition einer offenen Aussprache von ihm gelebt wird. In dieser Runde wurde von einem anwesenden Juristen u. a. gefordert, rechtliche Schritte hinsichtlich einer Haushaltsrede zu prüfen und einzuleiten. Freie Meinungsäußerungen in politischen Aussprachen sind in unserem Rechtsstaat glücklicherweise immer noch ein hohes Gut.

Dieser heute zur Beratung vorliegende Doppelhaushalt steht auf tönernen Füßen und ist alles andere als nachhaltig erstellt. Unsere Fraktion rechnet fest mit einem Nachtragshaushalt, der uns als Stadt Wegberg wieder in ein neues Haushaltssicherungskonzept zwingt.

Fraktionsvorsitzende: [Nicole von den Driesch](#)

Stv. Fraktionsvorsitzender: [Heinz Consoir](#)

Geschäftsführer: [Jörg Bocker](#)

Geschäftsstelle: [Bahnhofsstraße 30, 41844 Wegberg](#)

Leitgedanke der vielen vorbereitenden Klausuren zum Doppelhaushalt 2022/2023 war es eigentlich, Kosteneinsparungen und Einnahmensteigerungen zu finden und zu generieren, um einen Doppelhaushalt mit realistischen und belastbaren Zahlen zu erstellen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht und spiegelt sich daher auch in dem vorliegenden Doppelhaushalt nicht wider.

Gemeinsam mit der Fraktion Die Linke hatten wir in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung beantragt, bei allen Fachbereichen, die nachweislich ihre angemeldeten Mittel nicht ausschöpfen, Kürzungen vorzunehmen. Diese Antragstellung war leider zu kurzfristig und aus temporären Gründen nicht für die Verwaltung realisierbar, so dass wir den Antrag für diesen Doppelhaushalt zurückgenommen haben, um das gesetzte Zeitfenster für den Doppelhaushalt nicht zu gefährden.

Da unsere Wegberger Vereine, die in diesem Doppelhaushalt eingestellten Mittel zur Vereinsförderung zwingend für ihre wichtige Arbeit benötigen, und bei einer heutigen Ablehnung dieses Doppelhaushalts, diese Mittel in diesem Jahr nicht mehr den Vereinen ausgezahlt werden könnten, enthalten wir uns. Vor dem Hintergrund, dass wir unserer Überzeugung nach uns schon in Kürze mit einem Nachtragshaushalt und einem neuen Haushaltssicherungskonzept befassen, ist so allen geholfen.

Dabei möchte ich betonen, dass die Fraktion AKTIV für Wegberg einer ablehnenden Haltung zum Doppelhaushalt wesentlich näher ist als einer Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole von den Driesch

Es gilt das gesprochene Wort!

Fraktionsvorsitzende: Nicole von den Driesch

Stv. Fraktionsvorsitzender: Heinz Consoir

Geschäftsführer: Jörg Bocker

Geschäftsstelle: Bahnhofsstraße 30, 41844 Wegberg

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2022/2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Heute wird uns ein Doppelhaushalt vorgelegt und das Haushaltssicherungskonzept soll verlassen werden.

Alle hier wissen, dass dies nur eine Momentaufnahme ist, die nicht der tatsächlichen Lage der Stadt Wegberg entspricht.

Die Kosten steigen überproportional, Einnahmen stagnieren oder brechen weg.

Es ist fraglich, ob der Kreis Heinsberg diesen Kurs so unterstützen wird.

Wir alle wissen, dass es nur Monate dauern wird, einen Nachtragshaushalt zu beraten und beschließen.

Unsere Kämmerin Frau Kühlen erledigt sicher schon vorbereitende Arbeiten.

Das strukturelle Defizit unserer Stadt ist weiterhin vorhanden und wir sehen keine Initiative des Bürgermeisters, dieses zu beseitigen.

Wir möchten Ihnen ein paar Beispiele aufzeigen:

Mit der Entwicklung von Bauland ist Wegberg viel zu langsam, jetzt steigen die Zinsen und es wird enorm schwierig, Käufer zu finden.

Wir sind sehr gespannt, wie gut das Baugebiet „Auf dem Kamp“ verkauft wird.

Ohne neue Bürger wird es aber schwer, die Kosten der Infrastruktur zu schultern.

Wegberg ist zu träge und verschläft, sich weiterzuentwickeln.

Das Erschließen von Gewerbeflächen ist anscheinend nicht erwünscht. Rath- Anhoven ist dafür das beste Beispiel, wie gewerbefreundlich Wegberg ist.

Gewerbesteuer? Die brauchen wir anscheinend nicht Wegberg.

Arbeitsplätze vor Ort?

Nicht nötig, es sind die anderen, die pendeln müssen oder Herr Stock?

Zurück zum Haushalt:

Die Ausgaben für Personal steigen weiter. Der Bürgermeister hat es immer noch nicht verstanden, dass Wegberg sparen muss.

Sie haben es in der Hand, durch kluges Umstrukturieren der Verwaltung bei Renten- oder Pensionseintritt von Mitarbeitern, Kosten zu sparen.

Wir Freien Wähler erwarten dies von Ihnen Herr Stock und sind nicht mehr bereit, Stellenmehrungen mitzutragen.

Wir werden keiner neuen Stelle mehr zustimmen, die nicht durch Verzicht bei anderen Stellen im Plan kompensiert werden.

Oder Sie finden Förderungen, um diese zu realisieren.

Personaleinsparkonzept, eine HSK- Maßnahme, Sie erinnern sich, Herr Stock, wird uns auch in Zukunft wieder begleiten.

Wegberg muss sparen und seine Ressourcen intelligent und effektiv einsetzen.

Mit dem Verlassen des HSK werden wir uns bald mit einem Nachtragshaushalt beschäftigen müssen.

Ein neues HSK wird notwendig sein und die notwendigen Sparmaßnahmen werden auf weitere 10 Jahre verschoben.

Was soll das alles?

Von Nachhaltigkeit und soliden Finanzen entfernt sich Wegberg immer mehr.

Dazu benötigen wir einen Haushalt mit Perspektiven und der Realität entsprechenden Planzahlen.

Der Doppelhaushalt 2022/2023 entsprach schon bei der Einbringung keiner realistischen Finanzplanung.

Diese Vorgehensweise werden wir nicht mittragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 16.10.2022

Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -

Doppelhaushalt der Stadt Wegberg für die Jahre 2022 und 2023

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Frau Kühlen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

im Jahr 2015 hat der Rat der Stadt Wegberg mehrheitlich, gegen den vehementen Widerstand des Bürgermeisters, die Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen. Diesen Beschluss hat der Bürgermeister beanstandet. Letztendlich kam es nicht zur Aufstellung eines Doppelhaushaltes. Nunmehr, sieben Jahre später, hat der Bürgermeister eine Kehrtwende vollzogen. Wir beraten den vom Bürgermeister selbst angeregten Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2022 und 2023. Rat und Verwaltung betreten haushaltstechnisches Neuland. So begrüßenswert dieser Schritt ist, umso so unglücklicher sind die Rahmenbedingungen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren sind die Eck- und Orientierungsdaten mit vielen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten belastet. Aufgrund des Krieges in der Ukraine ist die wirtschaftliche Entwicklung nicht mit ausreichender Sicherheit einzuschätzen. Die für das Jahr 2023 angesetzten Steuereinnahmen sind mit den Steigerungsraten, die auf gute wirtschaftliche Vorjahre basieren, hochgerechnet. Für das Jahr 2023 ist aber bereits eine Rezession vom Bundeswirtschaftsminister prognostiziert.

Die Transferausgaben, hier die Kreisumlage, ist nicht mit gesicherten Daten hinterlegt. Der Kreis selbst wird seinen Haushalt voraussichtlich erst im nächsten Jahr beschließen. Bekannt ist, dass die Kreise unserer Region mit erheblichen Nachforderungen aus der Landschaftsumlage zu rechnen haben. Die prognostizierten Erhöhungen wird der Kreis Heinsberg nicht kompensieren können. Eine Steigerung der allgemeinen Umlage ist durchaus möglich.

Der Ukraine-Krieg, die hiermit verbundenen Fluchtbewegungen und die Energiekrise stellen ein nicht kalkuliertes, finanzielles Risiko dar. Der Presse der vergangenen Tage ist deutlich zu entnehmen, dass hier eine erhebliche Belastung auf die Städte und Gemeinden zukommt. Ob diese Kosten in vollem Umfang durch Bund und Land ausgeglichen werden, ist hinsichtlich der Erfahrungen mit den zurückliegenden Flüchtlingsströmen zu bezweifeln. Auch hier werden wir teilweise erhebliche Aufwendungen tragen müssen. Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass die Stadt Wegberg auch zukünftig wegen der bestehenden ZUE Petersholz keine bzw. nur geringe Flüchtlingszuweisungen erhält.

Die derzeit nicht kalkulierbaren Baukosten stellen hinsichtlich der erhöhten Abschreibungen und der erhöhten Kreditkosten ein zusätzliches Risiko dar. Dieses Risiko ist im Bereich der Instandhaltungen für eine sichere Haushaltsführung noch viel höher. Denn hier wird im Gegensatz zu den Investitionen jeder Euro Kostensteigerung das Jahresergebnis unmittelbar belasten. Die gestiegenen Kreditzinsen und die noch zu erwartenden weiteren Zinssteigerungen belasten außerdem nicht nur die neuen, sondern werden auch unsere alten Schulden betreffen und unseren bereits vorhandenen Schuldenberg weiter erhöhen.

Die globale Minderaufwand, ca. 750.000,00 €, ist ebenfalls nicht sicher. Es steht nicht abschließend fest, dass die Personalkosten auch im nächsten Jahr aufgrund von eingeschränkter Lohnfortzahlung geringer als geplant ausfallen. Hinzu kommen weitere Risiken durch einen möglicherweise hohen Tarifabschluss im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen. Die geplanten Instandhaltungen sind, wenn man der Verwaltung Glauben schenken kann, in diesem Jahr realistischer geplant, so dass positive Haushaltsaspekte aufgrund nicht durchgeführter Maßnahmen geringer ausfallen werden.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Haushaltsdaten zu optimistisch geplant wurden. Dies sicherlich auch, um dem Wunsch der Verwaltung und großer Teile des Rates entsprechen zu können, das Haushaltssicherungskonzept zu beenden. Mit diesem Haushalt verlassen wir das Haushaltssicherungskonzept. Die FDP-Fraktion unterstützt den Wunsch der Verwaltung das Haushaltssicherungskonzept zu verlassen. Dies schon alleine um dem Verwaltungsaufwand, der mit dem Haushaltssicherungskonzept einhergeht, zu entgehen und wieder gewonnene Personalkapazitäten sinnvoll nutzen zu können.

Im Hinblick auf eine auch in der Zukunft zwingend erforderliche sparsame Haushaltsführung sehen wir die Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes aber auch mit deutlicher Skepsis. Das Haushaltssicherungskonzept hat Leitplanken für eine sparsame Haushaltsführung gesetzt. Diese fallen mit der Beendigung des Haushaltskonzeptes weg. Freiwillige Leistungen werden beispielsweise wieder unbegrenzt möglich. Zwar haben die Ratsfraktionen für die Zukunft eine sparsame Haushaltsführung in Aussicht gestellt. Auch hat der Bürgermeister im Rahmen einer Klausurtagung Teile der Fraktionen insoweit auf ihre Verantwortung hingewiesen. Der FDP Fraktion fehlt jedoch der rechte Glauben in diese Absichtserklärungen. Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens fängt die sparsame Haushaltsführung in den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung an. Ein Abschieben der Verantwortung auf den Rat, Herr Bürgermeister, ist nicht hilfreich und verantwortungslos. Bereits in der Verwaltung muss beispielsweise bei Investitionen auf die Einhaltung geringerer, aber noch funktioneller Standards geachtet werden. Die Minderung der Standards ist seit Jahren zum geflügelten Wort in Verwaltung und Rat geworden, eine Umsetzung konnten wir jedoch tatsächlich in der Vergangenheit nicht erkennen. Auch den zweiten Grund, der uns skeptisch auf die Zeit nach Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes blicken lässt, begründe ich mit der Vergangenheit:

Das 2015 beschlossene Haushaltssicherungskonzept wurde seitens Verwaltung und Rat nicht konsequent umgesetzt. Beginnend über eine Sonderregelung für Straßenausbaubeiträge, über die Erhöhung der Personalkosten bis zur Schaffung neuer freiwilliger Leistungen wurde das Konzept immer wieder umgangen. Die warnenden Hinweise der Kämmerin und auch die deutlichen Mahnungen der Kommunalaufsicht wurden ignoriert. Im Ergebnis ist zu befürchten, dass die erforderliche Disziplin aufgrund

der nun wiedererlangten Freiheit in der Haushaltsführung nicht erbracht wird. Die erforderliche Disziplin schulden wir aber den Bürgern unserer Stadt. Die Bürger unserer Stadt müssen nicht erforderliche Ausgaben in Form steigender Grundsteuerbeträge bezahlen. Wir greifen dem Bürger mit einer fehlenden sparsamen Haushaltsführung direkt in das Portemonnaie.

Dies vor Augen ist aufgrund der optimistischen Haushaltsplanung ein über das Haushaltsjahr durchgängiges Controlling erforderlich. Daher hat die FDP-Fraktion einen Antrag zum Investitionscontrolling gestellt. Hiermit wollen wir sicherstellen, dass Ausgaben einer gewissen Größenordnung nicht nur bei der Haushaltsplanung, sondern auch vor Durchführung der Maßnahme nochmals auf Erfordernis, Kosten und eventuelle Alternativen geprüft werden.

Der Antrag dient dazu die sparsame Haushaltsführung durchzuhalten und zu unterstützen. Ich möchte die Gelegenheit jedoch wahrnehmen nochmals an den Bürgermeister und die übrigen Ratsfraktionen zu appellieren, die sparsame Haushaltsführung in der Zukunft umzusetzen. Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Doppelhaushalt enthalten. Auch der Doppelhaushalt 2022/2023 greift immer noch nicht ansatzweise die von der FDP-Fraktion am 11.10.2020 und damit vor mehr zwei Jahren beantragte und vom Rat beschlossene Priorisierung der Investitionen im Haushaltsplan auf. Die Verwaltung setzt insoweit einen Ratsbeschluss nicht um. Mit der Enthaltung kommen wir unserer Verantwortung für ein Ende bzw. eine Vermeidung der vorläufigen Haushaltsführung für 2022/2023 nach.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Verwaltung, liebe Ratsfraktionen, dies ist ein Vertrauensvorschuss an Sie für eine zukünftige sparsame Haushaltsführung in politisch sehr schwierigen Zeiten. Enttäuschen Sie uns nicht!

Die FDP-Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei ihnen, Frau Kühlen und den Mitarbeitern der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Seien Sie versichert, dass die Fraktion weiterhin auf eine solide Haushaltspolitik drängen wird.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Heinz Nießen

Fraktionsvorsitzender

Wegberg, den 18. Oktober 2022

Etatrede zum Doppelhaushalt 2022/2023

Besser, aber noch lange nicht gut genug!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
Frau Kühn im Besonderen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

alle Stadtverordneten – mit Ausnahme der zehn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – verweigerten ihre Zustimmung zum Haushaltsplan 2022, der uns zu Beginn des Kalenderjahres hier vorgelegt wurde. Fraktionsübergreifend wurde die Verwaltung dazu aufgerufen, Investitionen auf ein realistisches und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt leistbares Maß zu kürzen, dabei Priorisierungen zu kennzeichnen, für die Implementierung eines besseren Controllings bei Beschaffungen und Baumaßnahmen zu sorgen, bestehende Planansätze auf den Prüfstand zu stellen und endlich systematisch Initiative in Sachen Klimaschutz zu ergreifen! Das waren die zentralen inhaltlichen Wegmarken, die von Seiten der Politik gesetzt worden sind. Vor dem Hintergrund hat es mich ungemein enttäuscht, als Sie, Herr Bürgermeister, im Anschluss an die Haushaltsdebatte der Rheinischen Post Ihren Eindruck geschildert haben, die Ablehnung habe „mit sachlichen Argumenten nicht viel zu tun“ gehabt. Dieser an die Mitglieder des Rates gerichtete Pauschalvorwurf, den Sie über die Presse in die Öffentlichkeit posaunt haben, war und ist wirklich fehl am Platze, insbesondere, wenn man in Betracht zieht, dass die Linksfraktion Ihnen Kooperationsbereitschaft zugesagt und diese in den vergangenen Monaten wahrlich auch gezeigt hat. Wenn man sich schon zu derartigen Äußerungen veranlasst sieht, dann doch bitte in der gebotenen Differenziertheit. Für meine Fraktionsmitglieder und mich kann und will ich in Anspruch nehmen, dass wir politische Auseinandersetzungen auf der Sachebene, nicht auf der persönlichen Ebene führen. Wir haben durchaus ein ehrliches Interesse daran, mit Ihnen gemeinsam die besten Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt zu treffen. Da ist es schlichtweg unfair, wenn Sie, sobald Ihnen unser Abstimmungsverhalten nicht genehm ist, ein anderes Bild zu lancieren versuchen und die begründeten Sorgen, mit denen wir unsere Ablehnung rechtfertigt haben, als „unsachlich“, quasi wertlos abqualifizieren statt sich von Beginn an ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen. Das vorab.

Bereitwilligkeit zu mehr Miteinander haben wir schon dadurch signalisiert, dass wir uns frühzeitig für kontinuierlich stattfindende Klausurtagungen ausgesprochen haben, in denen der haushaltspolitische Austausch jenseits der umkämpften Rats- und Ausschusssitzungen intensiviert, Transparenz gewährleistet und ein Zielbildungsprozess in Gang gesetzt werden sollte. Wir begrüßen ausdrücklich, Herr Bürgermeister, dass Sie sich darauf eingelassen haben, diesen Prozess zu initiieren, ihn zu moderieren und zu begleiten, wenngleich er – das müssen wir uns alle eingestehen und ankreiden – bis dato

zu oberflächlich stattgefunden hat. Über das „Ob“ herrscht in den meisten Fällen ja zweifellos Einigkeit; was das „Wie“ anbelangt aber, müssen wir in der Tat konkreter werden. Keine Mehrbelastungen für Bürgerinnen und Bürger, irgendwie mehr Klimaschutz, hier und da ein verbessertes Prozessmanagement – das sind Schlagworte, mit denen sich auf den ersten Blick wohl nahezu jeder identifizieren kann, mit denen man auch gut und simpel dreißigsekündige Instagram-Videos füllen kann, welche Konsequenzen sich daraus aber en détail für die Praxis ableiten lassen, hierüber ist noch nicht ausreichend debattiert, auch noch lange kein Konsens geschaffen worden. Ich will ein besonders einprägsames Beispiel anführen, das die Problematik offenlegt: Alle Fraktionen schreiben sich den Klimaschutz auf die Fahne, was ja per se nicht schlecht ist. Wenn es dann aber konkret um Planungsvorhaben für neue Bauvorhaben geht, also um die Zukunft der jungen Generation, scheut man zukunftsorientiertes Denken wie Vorgaben zur Energieeffizienz und verfällt ins Klein-Klein von schmalspurigen Anreizmodellen. Einigen muss wohl noch bewusst werden, dass Veränderungen nicht vom Himmel fallen, dass hinter den großen Schlagworten eben auch greifbare Maßnahmen zum Vorschein kommen müssen, erarbeitet werden müssen, damit sich wirklich etwas bewegt. Salopp formuliert: Wer den Mund spitzt, der muss auch pfeifen. Und wenn wir Ziele formulieren, dann sollten diese demnächst auch dingbar, messbar und terminiert sein. Mit Blick auf die Zukunft sind wir hierzu als politische Vertreterinnen und Vertreter in noch stärkerem Umfang als bisher auf die wohlwollende Mitwirkung der einzelnen Fachbereiche angewiesen.

Nun aber zum Doppelhaushalt 2022/2023, über den heute entschieden werden soll: Sofern uns eine höhere Kreisumlage, die ja wahrscheinlich ist angesichts einer höheren Landschaftsverbandsumlage, nicht in den Nachtragshaushalt und schließlich zurück ins HSK katapultiert, können wir dieses – Stand heute – verlassen. Mir ist dabei wichtig, eines zu akzentuieren: Dieses Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes darf keinen Anlass geben, in Euphorie und Enthusiasmus zu verfallen oder sich gar in Selbstzufriedenheit auf die Schulter zu klopfen. Denn eindeutig ist doch, wie wir in diese Situation geraten sind: Die positiven Jahresabschlüsse der letzten Jahre sind einzig der Tatsache geschuldet, dass eben nicht geklotzt, sondern immer nur gekleckert wurde, dass die Verwaltung die zur Verfügung gestellten Mittel zum Abbau des Investitionsstaus, zum Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur nicht auszuschöpfen wusste. Hinzu kommt für das Jahr 2021 ein historisch hoher Ertrag bei der Gewerbesteuer, wobei nicht ernsthaft prognostiziert werden kann, dass dieser Trend sich fortsetzt. Die positive Planung wiederum resultiert lediglich daraus, dass wir Jahr für Jahr exorbitante Erhöhungen der Grundsteuer B einplanen, von denen jeder weiß, dass sie in diesem Umfang niemandem mehr zuzumuten wären. Mittelständlerinnen und Mittelständler mit Eigenheim sowie von Umlegung betroffene Mieterinnen und Mieter sind in Anbetracht der hohen Energiekosten und der drastisch gestiegenen Kosten für Lebensmittel derzeit ohnehin so massiv belastet, wenn nicht schon überlastet, dass weitere Grundsteuererhöhungen mit der Linken jedenfalls nicht zu machen sein werden! Ich bin nur froh, dass es uns Ende Juni über einen Vertagungsantrag gelungen ist, die Anhebung zu verhindern, die die Verwaltung rückwirkend zum 1. Januar des Jahres in Zusammenhang mit der NRW-weiten Neukalkulation der Abwassergebühren umzusetzen versuchte – und damit vor allem diejenigen hier zu bremsen, die gar nicht bereit waren abzuwarten, bis überhaupt belastbare Zahlen und Urteile auf dem Tisch liegen. In dubio pro Grundsteuer B-Anhebung darf nicht zur politischen Maxime des Rates der Stadt Wegberg werden. Ein Appell, den ich vor allem an die SPD adressieren möchte.

Ferner müssen wir konstatieren, dass uns in der Vergangenheit die allgemeinwirtschaftliche Lage noch weitestgehend in die Karten gespielt hat, was zukünftig mitnichten der Fall sein wird: Wir erleben nun eine Phase der allgemeinen Rezession, eine

kostspielige Zinswende, wir befürchten Steuereinbrüche sowie Preissteigerungen bei nahezu allen bau- und fremdbezogenen Leistungen. Meine Damen und Herren, das muss Auswirkungen auf unser politisches Agieren haben: Es ist zwingend erforderlich, dass wir alle, Rat und Verwaltung, unsere Sparbemühungen fortsetzen, forcieren und konsequenter handeln. Wenn auf der einen Seite große Töne gespuckt werden, dass man rein prestigeträchtige freiwillige Leistungen ablehne, auf der anderen Seite dann aber Mühlenweiher, Heuchter Bruch und Rathausplatzsanierung durchgewunken werden, ist das schlicht zynisch und Zeugnis mangelnder Weitsicht. Ich gehöre nicht zu denen, die propagieren, dass freiwillige Leistungen grundsätzlich zu verurteilen seien, gerade im sozialen Bereich darf hier nicht gekürzt werden, wenn ich an die vielen Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendlichen denke. Und dennoch: Statt den Vorschlägen der Kämmerin zu folgen und die Ausgaben zu streichen, die nicht notwendig sind und weit über die Fördermittel hinausschießen, werden immer noch unhaltbare Argumente wie "Förderung des Tourismus" für die enormen Mehrkosten vorgebracht. Am Ende freuen sich über die Granit-Sitztreppe am Mühlenweiher wohl eher die Enten als Touristenscharen – und am allerwenigsten die Bürgerinnen und Bürger, deren Gelder hier „verbaut“ werden.

Der Verwaltung obliegt die eminente Aufgabe, strukturelle Veränderungen zuzulassen, Prozesse zu optimieren: Warum sprechen wir nicht viel ehrlicher darüber, wie wir im Schul-, im Feuerwehr- oder im Friedhofsbereich Synergieeffekte nutzbar machen können? Wieso kommen wir bei der Vermarktung von Grundstücken nicht noch zügiger voran, wenn wir doch realisieren, dass Nachbarkommunen exakt auf diese Weise hohe Erträge generieren? Wo bleiben die Ergebnisse aus der Teilnahme an Vergleichsringen oder aus bi-, tri- und quatroliteralen Gesprächen über eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit in diversen Bereichen? Warum reagieren wir nicht auf den Jahresabschluss 2021, der Auskunft darüber gibt, dass bei einigen Budgets seit Jahren fehlkalkuliert und mehr Geld eingeplant als ausgegeben wird? Alles Dinge, die die Politik zwar anprangern kann, die aber nur verbessert werden können, wenn diejenigen, die im Tagesgeschäft der Verwaltung tätig sind, kooperativ mitwirken und verantwortungsvoll Bereitschaft zur Veränderung zeigen. Einen ersten Vorstoß haben wir gewagt, als wir im vergangenen Haupt- und Finanzausschuss gemeinsam mit Aktiv für Wegberg den Änderungsantrag eingebracht haben, dass diejenigen Teilproduktpläne, bei denen Planung und Ergebnis derart augenfällig auseinander klaffen, auf ein realistisches Maß angepasst werden; hier wollen beide Fraktionen dranbleiben, um den Haushaltsgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit zukünftig gerechter zu werden. Notwendig ist es auch – und unser Antrag hierzu liegt vor –, dass bei Investitionsmaßnahmen die Kämmerin bezüglich der langfristigen Finanzierbarkeit beteiligt wird, dass sie ein permanentes Controlling durchführt und finanzielle Schmerzgrenzen aufzeigt, um der „Ende offen“-Mentalität von Planern und Begünstigten mal einen Riegel vorzuschieben. Für „Wünsch dir was“ und „Einer geht noch“ mangelt es uns bedauerlicherweise an den finanziellen Ressourcen.

Erlauben Sie mir noch einige ausführlichere Bemerkungen zum Thema Klimaschutz, das nach wie vor von absoluter Relevanz ist und im Übrigen auch nicht aus dem Blickfeld politischen Handelns geraten darf, lediglich weil andere Krisen derzeit eine höhere mediale Strahlkraft entwickeln. Wenn dem Haushaltsplanentwurf zu entnehmen ist, dass Gelder für Maßnahmen, die dem Klimaschutz zugute kommen sollen, von einigen Fachbereichen unter Wichtigkeitskategorie drei aufgeführt werden, dann darf mit Verlaub angenommen werden, dass die Alarmglocken in einigen Abteilungen des Rathauses wohl noch auf „stumm“ stehen. Und wenn Sie kundtun, dass es Ihnen an Personal und an Zeit mangelt, um geplante Informations- und Bildungsveranstaltungen in Schulen und in

Kindergärten durchzuführen, dann wird doch offenkundig, welcher kolossaler Fehler die jahrelange Weigerung von Verwaltung und Teilen des Rates war, einen Klimaschutzmanager im Verwaltungsapparat zu installieren. Zu lange wurde nach dem Credo „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht“ verfahren. Inzwischen scheinen die Sachzwänge und Appelle von Grünen und Linken endlich beim Verwaltungschef angekommen zu sein: Herr Stock, wir registrieren, dass auch Sie mittlerweile zu den Befürwortern eines Klimamanagers gehören; wir danken Ihnen dafür, dass Sie ein geeignetes Förderprogramm herausgesucht haben und erwarten, dass Sie all Ihre Bemühungen darauf konzentrieren, den Zuschlag für Wegberg zu erhalten und unsere Kommune tatsächlich zu einer Vorreiterkommune zu machen. Selbstredend haben wir auch bisher, zumindest was die städtischen Liegenschaften anbelangt, einiges auf die Beine gestellt, aber um den städtischen CO₂-Ausstoß spürbar zu mindern, müssen wir in den Dialog treten mit Unternehmen, in den Dialog treten mit Privathaushalten, müssen wir uns auch der Frage widmen, wie wir Nahverkehr und Mobilität in Zukunft anders gestalten wollen. Das sind aufwändige Prozesse, die nur ein Klimamanager strategisch steuern kann. Zum Antrag der CDU-Fraktion, die Stabsstelle Quartiersentwicklung aufzulösen und den Quartiersentwickler zum Nachhaltigkeits- oder zum Klimamanager zu mutieren, der vielleicht nicht schlecht gemeint, aber in jedem Fall schlecht durchdacht war, sei betont, dass ein enormer Nachholbedarf besteht, dem wir nur begegnen können, wenn wir den Input durch das qualifizierteste, das engagierteste, das begeisterungsfähigste Personal erhalten, das sich uns bietet. Das kann nicht irgendjemand mal eben so machen.

Und wo wir schon einmal dabei sind, über neues Personal zu sprechen, sei noch einmal an die im Ausschuss für Personal und Personalentwicklung geführte Debatte um die Schaffung einer neuen Schul-IT-Stelle angeknüpft. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir uns auf diesem Gebiet keine derart voreilige Symbolentscheidung gewünscht hätten. Unseres Erachtens wäre es sinnvoller gewesen, dem Vorschlag, den Ralf Wolters gemacht hat, zu folgen und zwei Wochen zu warten, in denen die Verwaltung Gelegenheit erhält, ausreichende Informationen zu den spezifischen Stellenprofilen, aber auch zur allgemeinen Personalsituation im IT-Bereich zur Verfügung zu stellen, Sachlage und Bedarfsanalyse zu präsentieren. Der Gedanke, effizient arbeiten zu wollen, ist sicherlich richtig und wichtig, aber man darf es nicht so weit treiben, dass letztlich Machtspielen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden. Im Allgemeinen, liebe CDU, muss überdies eines klar sein: Es ist bizarr, wenn nicht bigott, dass diejenigen, die noch Anfang 2021 zehn Stellen im Blindflug genehmigt haben, jetzt die Rhetorik schärfen und in Richtung des Bürgermeisters äußern, jede Neueinstellung sei Ausdruck einer verantwortungslosen Finanz- und Personalpolitik. Und es ist ebenfalls nicht okay, wenn Mitglieder der CDU-Fraktion sich selbst zu Experten erklären, dann im Ausschuss aber fehlerhafte Informationen über die Koordination der Schul-IT in Nachbarkommunen streuen. Hierzu ist das Wesentliche gesagt worden.

Wir stehen jetzt vor der Frage, meine Damen und Herren, wie mit diesem ambivalenten Haushaltsplanentwurf umzugehen ist. Ja, in Sachen Klimaschutz besteht in der Tat Hoffnung, dass sich mit der Einrichtung der Stelle eines Managers wirklich etwas tut. Und ja, wir haben, auch auf Bestreben des Bürgermeisters, eine adäquatere Form der Zusammenarbeit gefunden, die sicherlich fruchtbar ist und umso notwendiger zum jetzigen Zeitpunkt, wo wir mit so vielen Unwägbarkeiten konfrontiert werden. Was allerdings noch nicht in befriedigendem Maße gelungen ist, ist die Kürzung der Investitionsliste auf ein realistisches Maß, die Gewährleistung, dass Planung und Ergebnis besser miteinander in Einklang stehen, und die Vermeidung der Anhebung der Grundsteuer B als relevanteste Kompensationsmaßnahme. Somit ist dieser Haushalt für die Linksfraktion – es mag Sie kaum überraschen – sicherlich nicht zustimmungsfähig. Aber, in Anbetracht der Tatsache,

dass gerade die Vereine aus dem letzten Loch pfeifen, dass dringend notwendige Investitionsmaßnahmen ohne genehmigten Haushalt und ohne handlungsfähige Verwaltung weiter nicht getätigt werden könnten, damit Stillstand droht und dass mit einem Nachtragshaushalt zeitnah zu rechnen ist, sehen wir uns auch nicht zu einer Ablehnung des Entwurfs gezwungen und werden uns begründet der Stimme enthalten. Insbesondere für den Fall, dass doch noch ein erneuertes HSK aufgestellt werden muss, formulieren wir allerdings die Erwartung, dass alle im Rat der Stadt Wegberg vertretenen Fraktionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung regelmäßiger zusammenkommen und noch aufrichtiger, noch konkreter als bisher nach Lösungen suchen, die uns in Richtung eines dauerhaft ausgeglichenen, aber sozialen und ökologischen Haushalts ohne Grundsteueranhebung führen. Alle Hebel sind in Bewegung zu setzen und linke Ideen – ich verweise auf das Eisbahnkonzept, das Klimaschutzkonzept, das Konzept zum sozialen Wohnungsbau, auf Gemeinschaftsanträge zur Budgetanpassung, zur Ausweisung weiterer Konzentrationszonen für Windenergie oder zur Überlassung städtischer Grundstücke im Wege des Erbbaurechts – dürfen herzlich gerne Berücksichtigung finden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Es ist jetzt wirklich nicht die Zeit der Selbstinszenierung, auch nicht die Zeit eines vorgezogenen Wahlkampfes zwischen dem Bürgermeister und denjenigen, die es so gerne mal werden würden. Ich möchte die Bitte an Sie richten: Lassen Sie uns gemeinsam, Bürgermeister, Verwaltung, Ratsleute, dafür Sorge tragen, dass auch in diesen schwierigen Zeiten, in denen Krise auf Krise folgt, unsere Prozessoptimierungsbemühungen aufrecht erhalten, besser noch verstärkt werden, Schülerinnen und Schüler, Vereine und Gewerbetreibende die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, Klimapolitik nicht ins politische Abseits gerät – und die ohnehin gescholtenen Bürgerinnen und Bürger über Grundsteueranhebungen nicht auch von kommunaler Seite in die Fesseln der Armut gedrängt werden.

Ein abschließender Dank gilt wie immer der Kämmerin, der wir für die rasche Beantwortung unserer zahlreichen Fragen danken und der wir wie schon zu Beginn des Jahres attestieren können, dass sie eine unglaubliche Kompetenz aufweist, die wir uns als politische Vertreterinnen und Vertreter zunutze machen sollten.

Besten Dank!
Tobias Becker, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort